FH-IF-01

Wir machen das Internet frei und sicher

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	08.03.2017
Tagesordnungspunkt:	FH.FH-IF Wir machen das Internet frei und sicher

Smartphones, Internet, soziale Netzwerke: Der digitale Wandel verändert unsere Gesellschaft in einem ungeheuren Ausmaß. Digitale Dienstleistungen erhöhen dabei unsere Lebensqualität, vom Zugang zu Informationen, Open Data und onlinebasierter Bürgerbeteiligung bis zu Carsharing und intelligent gesteuerter Stromversorgung. Gleichzeitig sind viele Menschen verunsichert. Ständig müssen wir erreichbar sein, Unternehmen erstellen detaillierte Profile, Internetkonzerne wissen immer mehr über uns und unser Leben, im Netz wachsen Brutstätten des Hasses. Ängste vor digitaler Spaltung oder Jobverlust nehmen zu.

Unsere Digitalpolitik richtet sich an den Bedürfnissen der Menschen aus. Demokratische Grundpfeiler wie das Recht auf digitale Selbstbestimmung, ein innovativer Daten- und Verbraucherschutz, eine effektive IT-Sicherheit und die Chancengleichheit stehen im Mittelpunkt unserer Konzepte für eine lebenswerte digitale Gesellschaft. Wir wollen den digitalen Wandel aktiv gestalten. Dazu gehört es, mühsam erkämpfte Rechte online durchzusetzen. In der digitalen Welt müssen wir für Freiheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Demokratie und gegen Hass, Hetze und Gewalt genauso streiten wie in der analogen. Genau
das hat die Große Koalition sträflich verpasst. Jahrelang erkämpfte Fortschritte beim Schutz der Privatsphäre, der Persönlichkeit oder von Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen nicht im und durch das Netz einfach abgeräumt werden.

Wir Grünen stellen uns auch übermächtig erscheinenden IT-Konzernen entgegen. Das Recht auf digitale Selbstbestimmung ist zentral im digitalen Zeitalter. Wir streiten mit aller Entschlossenheit für einen innovativen Daten- und Verbraucherschutz mit höchsten Standards, eine effektive IT-Sicherheit und digitale Chancengleichheit. Der Staat bleibt in der Pflicht, private Kommunikation und digitale Infrastrukturen effektiv zu schützen. Gemeinsam mit einer engagierten Zivilgesellschaft streiten wir für Innovationen, mehr E-Government, offene Daten, Vertrauen und Sicherheit in der digitalen Welt und gegen Massenüberwachung – egal ob durch Unternehmen oder Geheimdienste. Nur wenn wir der Sicherheit des Netzes vertrauen können, können wir auch die Potentiale des digitalen Wandels für Bildung, sozialen Fortschritt und eine nachhaltige Wirtschaft voll ausschöpfen.

Ein Netz für alle

Wir wollen schnelles Internet für alle Haushalte und Unternehmen, überall in Deutschland. Ein schneller Internetanschluss gehört wie ein Telefonanschluss zur staatlichen Daseinsvorsorge. Deshalb haben wir beispielsweise in Baden-Württemberg bereits die weißen Flecken bei der Netzabdeckung um 80 Prozent reduziert. Der Stillstand im Bund beim Breitbandausbau steht sinnbildlich für das digitalpolitische Versagen der Großen Koalition. Noch immer gibt es viel zu viele „weiße Flecken“. Das wollen wir ändern. Wir wollen einen zukunftsfähigen und umfassenden Breitbandausbau auf der Basis von Glasfaser. Dafür widmen wir die Telekom-Aktien im Wert von rund zehn Milliarden Euro in Bundesbesitz um und investieren sie in den Breitbandausbau.

Wir setzen uns für echte Netzneutralität, für offene und rechtssichere WLAN-Zugänge und die Förderung von Freifunk ein. Denn echte Netzneutralität ist die Voraussetzung für einen fairen digitalen Wettbewerb und einen offenen, barrierefreien Zugang. Ein „Zwei-Klassen-Internet“ braucht niemand. Schon seit langem stellt der digitale Wandel uns auch vor die Frage der Nutzung und Vergütung digitaler Inhalte. Wir wollen eine Reform des Urheberrechts, die den Ansprüchen der neuen, digitalen Realität genügt. Sie soll bürgerrechtskonform sein und die Interessen von Verbraucher*innen und Urheber*innen fair ausgleichen. Nutzerinnen und Nutzer digitaler Inhalte sollen bei Ausleihe und Weiterveräußerung nicht schlechter gestellt werden als bei analogen Gütern. Gleichzeitig müssen Urheber*innen angemessen vergütet werden.

Gemeinsam gegen Hass im Netz

Mit Sorge beobachten wir die Verbreitung von Hass und Hetze im Netz. Die Strafverfolgung hingegen hinkt diesen Auswüchsen weit hinterher. Wir Grünen wollen dafür sorgen, dass Menschen, die sich volksverhetzend äußeren oder andere mit Mord- und Vergewaltigungsphantasien bedrohen, konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Internetunternehmen müssen in die Pflicht genommen werden, rechtswidrige Posts und Kommentare nach umgehender Prüfung sofort zu löschen und zu dokumentieren, um eine effektive
Strafverfolgung und Durchsetzung individueller Rechte zu ermöglichen.
Strafverfolgungsbehörden und Gerichte müssen technisch und personell so ausgestattet werden,
dass sie Rechtsverstöße im Netz in angemessener Zeit bearbeiten können. Im Netz muss erkennbar sein, ob Mensch oder Maschine kommunizieren. Wir fordern deshalb eine Kennzeichnungspflicht für Computerprogramme (Social Bots), die eine menschliche Identität vortäuschen und zu Zwecken der Manipulation und Desinformation eingesetzt werden können.

Nicht alles, was hetzerisch im Netz geäußert wird, ist rechtswidrig. Meinungsfreiheit gilt auch für abseitige, oftmals schwer erträgliche Positionen. Plattformen wie Facebook müssen in die Pflichte genommen werden, Community-Standards durchzusetzen. Dies benötigt eine aktive digitale Zivilgesellschaft, die sich einbringt, Inhalte kritisch hinterfragt und Hausregeln auf der Webseite auch durchsetzt. Ein demokratisches Netz braucht Nutzerinnen und
Nutzer, die Hass und Fakes eine klare, ethisch begründete Haltung entgegensetzen.

Digitale Kompetenz ist heute eine Grundvoraussetzung für gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben. Wir wollen daher mehr Programme für digitale und kulturelle Bildung in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. Auch Polizei und Staatsanwaltschaften müssen hier ihre Kompetenz erweitern. Für Frauen und Mädchen, die Opfer
von Cybermobbing und Gewalt im Netz geworden sind, benötigen wir mehr Beratungs- und Anlaufstellen sowie geschulte Strafverfolgungsbehörden.

Vertrauen im Netz sichern

Wer ständig überwacht wird, ist nicht frei. Selbst wer glaubt, „nichts zu verbergen zu haben“, ist angreifbar. Effektiver Grundrechteschutz ist das Fundament einer freien Gesellschaft. Dies gilt auch im digitalen Zeitalter. Menschen müssen wissen, wer wann was

über sie weiß. Datenschutz ist aber mehr als nur informationelle Selbstbestimmung. Die Wahrung von Grundrechten im Digitalen darf keinesfallsauf den Einzelnen abgewälzt werden. Vielmehr bleibt der Staat in der Pflicht, private Kommunikation, persönliche Daten und digitale Infrastrukturen effektiv zu schützen. Wir werden weiter auf allen politischen Ebenen für starke Regeln zur Vertraulichkeit elektronischer Kommunikation und höchste IT-Sicherheitsstandards kämpfen.

Hier setzen wir auf klare rechtliche Vorgaben, wollen aber auch Anreize für Unternehmen schaffen, in gute und sichere IT-Lösungen zu investieren. Den effektivsten Schutz vor Angriffen bietet Prävention. Die bestehenden Aufsichtsstrukturen werden wir personell und rechtlich deutlich stärken, um den Verbraucher- und Datenschutz konsequent zu gewährleisten. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) werden wir unabhängig stellen. Private Kommunikation, öffentliche Stellen, die Wirtschaft sowie digitale Infrastrukturen werden wir effektiv vor IT-Angriffen schützen.

Mit der Vernetzung von immer mehr Gegenständen des täglichen Lebens („Internet of Things“) wachsen die Anforderungen an eine verlässliche IT-Sicherheit. Wir wollen daher auch für Software die seit Jahren fehlende Produkthaftung einführen und bei Geräten mit Internetanschluss die Hersteller zu regelmäßigen Sicherheits-Updates verpflichten.

Was macht ihr mit meinen Daten?

Seit wir immer mehr online erledigen, wissen auch unzählige Unternehmen, wohin wir gehen, was wir lesen, was wir kaufen, wer unsere Freunde sind oder wie oft wir verschuldet waren. Die Methoden werden besser, die Daten immer mehr. Wir müssen die Kontrolle über die Daten zurückerkämpfen – denn sie gehören uns! Deshalb ist für uns der Verbraucherschutz im Netz so

wichtig (à Kapitel: Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark). Nutzerinnen und Nutzer brauchen ein Recht auf kostenfreie Auskunft, Korrektur und Löschung ihrer Daten gegenüber internationalen Unternehmen. . Automatisierte Diskriminierung wollen wir unterbinden, sei es beim individuellen Preis-Profiling, beim Kredit-Scoring oder auch bei der inneren Sicherheit. Und wir müssen dafür sorgen, dass sich alle Unternehmen an die rechtlichen Vorgaben wie das neue EU-Datenschutzrecht halten.

Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Schnelles Internet für alle – Glasfaser ausbauen

Wir wollen, dass schnelles Internet in jedem Stadtviertel, jeder Gemeinde und jedem Dorf Standard ist. Dafür werden wir die Breitbandversorgung überall in Deutschland verbessern und die Glasfaserkabel ausbauen – von der Banken-City bis zu jedem Bauernhof. Der Bund soll dafür seine Telekom-Aktien in Höhe von zehn Milliarden Euro verkaufen und die Einnahmen in den Breitbandausbau investieren. Der Ausbau von Leerrohren als Basis für die Glasfaserkabel steht dabei im Vordergrund. Um Wettbewerb zu sichern, können sowohl Kommunen als auch Unternehmen die Leitungen legen und die Netze betreiben.

Datenschützer*innen stärken, neues Klagerecht einführen

Die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern und die Verbraucherschutzverbände sind für wirksamen Datenschutz enorm wichtig. Sie müssen mit der Digitalisierung von immer mehr Lebensbereichen Schritt halten. Von Big Data, Internet der Dinge, Industrie 4.0 bis zur Digitalisierung im Gesundheitswesen, im Verkehr oder der Energieversorgung: Für immer mehr Bereiche brauchen wir Schutzkonzepte und aufmerksame Datenschützer*innen. Auch die neue EU-Datenschutzgrundverordnung stellt neue Anforderungen. Um diese Aufgaben zu bewältigen, wollen wir unsere Datenschutzaufsichtsbehörden institutionell und personell stärken. Neben mehr Personal fordern wir, ihnen ein Klagerecht vor Zivilgerichten einzuräumen, damit sie wirkungsvoller gegen Datenschutzverstöße von Unternehmen vorgehen können.

Moderne Verwaltung mit E-Government

Mit mehr Mut zu Open Data, barrierefreien E-Government-Dienstleistungen und Open Government werden wir einen entscheidenden Beitrag leisten, um unsere Verwaltung zu modernisieren, Bürokratie abzubauen und unsere Demokratie zu beleben. Wir setzen uns für Open-Data-Regeln ein, die Behörden verpflichten, vorhandene Daten von sich aus leicht auffindbar, maschinenlesbar und kosten- und lizenzfrei für die Öffentlichkeit bereitzustellen.